

Mercosur-Vertrag ist für Europa eine Zerreissprobe

Die EU braucht das Abkommen mit den lateinamerikanischen Staaten, doch die Bauern, insbesondere in Frankreich, sind strikt dagegen

DANIEL IMWINKELRIED, BRÜSSEL

Die EU ist knapp an einer Blamage vorbeigeschrammt. Nach langen Diskussionen hat eine Mehrheit der Mitgliedsländer in Brüssel endlich dem Mercosur-Abkommen zugestimmt, einem breit gefassten wirtschaftlichen sowie politischen Vertrag mit den vier lateinamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay.

Ein neuerliches Scheitern der Gespräche hätte die EU geostrategisch in eine schwierige Lage gebracht. Sie läuft Gefahr, zwischen den rivalisierenden Mächten USA und China zerrieben zu werden, und braucht neue Verbündete – die lateinamerikanischen Staaten bieten sich als Partner an. Zumal sich auch diese neu ausrichten müssen. Die USA gängeln die Länder im Süden des Kontinents, aus deren Sicht erlebt der «Yankee-Imperialismus» gerade eine Wende. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Festnahme des venezolanischen Machthabers Nicolás Maduro.

Ablehnung von links bis rechts

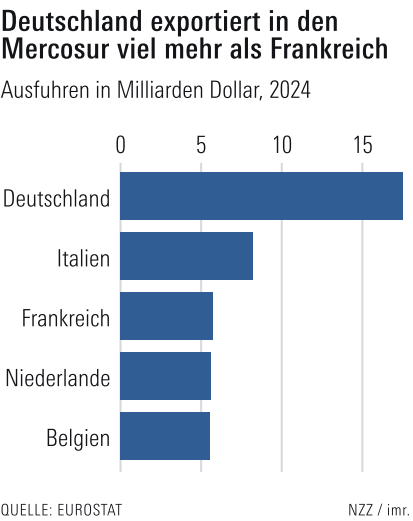
Das Mercosur-Abkommen hat für die EU aber einen hohen politischen Preis. Sie steht als Organisation da, die politisch tief gespalten ist. Denn Frankreich, Ungarn, Polen, Irland und Österreich haben sich dagegen ausgesprochen.

Sie befürchten, dass die angeblich weniger streng regulierten Landwirte Lateinamerikas den heimischen Bauern schwer zusetzen werden. Erstens ziehen sie beispielsweise Rinder auf riesigen Flächen auf, was ihnen wirtschaft-

lich einen Vorteil verschafft. Zweitens behaupten Europas Bauern, dass in Lateinamerika Pestizide verwendet würden, die in Europa längst verboten seien.

Besonders Frankreich leistet heftigen Widerstand gegen den Vertrag. Politisch ist das für die EU brisant. Immerhin ist Frankreich nach Deutschland das zweitwichtigste Land der EU. Bei einem Schlüsselprojekt wie dem Mercosur-Abkommen müsste ein so bedeutendes Mitglied unbedingt dabei sein.

Aber der Vertrag weckt dort heftige Emotionen zugunsten der Landwirtschaft. Insider behaupten zwar, dass Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron die Notwendigkeit des Abkommens sehe, politisch könne er ihm aber nicht zustimmen. In Frankreichs Parlament reicht die Ablehnung von rechts bis links. Jordan Bardella, der Chef der Rechtsaus-



partei Rassemblement national, schrieb am Donnerstag auf X, das Abkommen sei ein «Verrat an Frankreichs Bauern». Mathilde Panot, die Fraktionsvorsitzende der linkspopulistischen Vereinigung France insoumise, sagte, Brüssel demütige Frankreich vor der Welt.

In Frankreich ist die Stimmung so aufgeheizt, dass sich nicht einmal Industrieverbände für den Mercosur-Vertrag in die Bresche werfen. Das Land exportiert allerdings auch längst nicht so viele Güter in die Region wie Deutschland, was auch ein Zeichen von industrieller Schwäche ist.

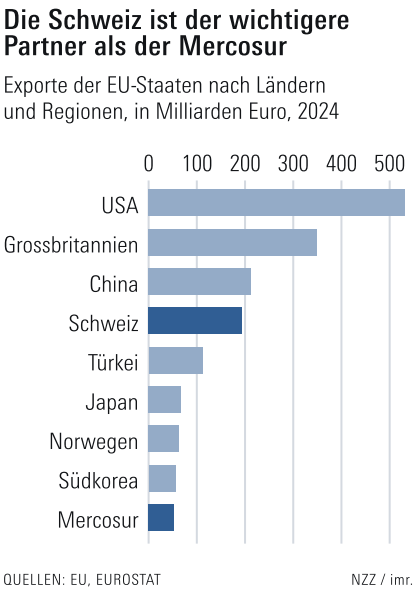
So belaufen sich die Ausfuhren Deutschlands in den Mercosur auf rund 17 Milliarden Dollar, jene Frankreichs erreichen nicht einmal ein Drittel dessen. Kein Wunder, zählt Deutschland zu den grossen Befürwortern des Abkommens – und gerät so in einen Konflikt mit dem traditionellen Partner Frankreich.

Auch die EU-Kommission setzt sich vehement für den von ihr ausgehandelten Vertrag ein. Strategisch möchte sie den Staatenbund nicht nur vom unberechenbaren Verbündeten USA unabhängiger machen. Sie erhofft sich durch engere Beziehungen zu Lateinamerika auch einen besseren Zugang zu Rohstoffen. Das soll die EU etwas aus der fatalen Abhängigkeit Chinas lösen.

Gleichzeitig ist die EU-Kommission ein wenig selber schuld, dass dem Abkommen so viel Widerstand entgegen schlägt. Immer wieder hat sie vollmundig verkündet, dass mit dem Vertrag die «weltweit grösste Freihandelszone mit 700 Millionen Konsumenten» entstehe. Aber das ist eine krasse Übertreibung.

Der Mercosur wird für die Europäer als Handelspartner noch lange relativ unbedeutend bleiben, vor allem im Vergleich mit den USA, China und selbst der Schweiz. Zudem kann von reinem Freihandel keine Rede sein. Erstens sinken die Industriezölle nur langsam, bei Autos etwa über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren. Derzeit liegen sie im Mercosur bei 35 Prozent. Zweitens wird die EU nur geringe Mengen lateinamerikanischer Agrargüter zollbegünstigt zulassen, um so die europäischen Bauern zu schützen.

Die Beschränkungen haben den Bauern die Angst vor dem Vertrag jedoch nicht genommen. Die Proteste der Landwirte ebten nicht ab, so dass sich



die EU in dieser Woche gezwungen sah, ihnen weitere Zugeständnisse zu machen. So werden die Bauern Zahlungen aus dem EU-Haushalt rascher als geplant erhalten. Auch wird der Staatenbund Zölle auf Dünger senken. Dessen Preis ist seit 2020 um 60 Prozent gestiegen, was den Bauern Probleme macht.

Ratifizierung steht aus

Mit diesen Massnahmen hat sich die EU allerdings erpressbar gemacht. Immerhin strebt sie weitere Handelsverträge an, etwa mit dem Agrarexporteur Australien. Die Zustimmung der Bauern wird wohl abermals teuer erkaufte werden müssen. Die Landwirte werden sich aber an höhere Agrareinfuhren gewöhnen müssen. Das ist der Preis, den die EU bezahlen muss, um sich geostrategisch besser aufzustellen.

In der EU-Kommission ist der Unwille über die Landwirte teilweise gross. Ein Mitarbeiter des Gremiums sagt, man unterstütze die Landwirte grosszügig, irgendwann sei eine Grenze erreicht. Zudem erzielt die EU mit Agrarausfuhren einen Überschuss. Das könnten andere Staaten angesichts der hohen Subventionen, die Europas Bauern erhalten, durchaus als stossend empfinden.

Frankreich ist mit solchen Argumenten aber nicht beizukommen. Der Vertrag sei noch nicht ratifiziert, sagte die Agrarministerin des Landes diese Woche in Brüssel mit drohendem Unterton. Dem Handelsteil des Vertrags müssen allerdings bloss die EU-Parlamentarier zustimmen und nicht die nationalen Parlamente, zu erwarten ist ein Ja.